

Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis vierteljährlich hier 1 M., mit Trägerlohn 1.20 M., im Bezirks- und 10 km-Verkehr 1.25 M., im übrigen Württemberg 1.35 M. Monatsabonnements nach Verhältnis.

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Fernsprecher Nr. 29.

Fernsprecher Nr. 29.

Anzeigen-Gebühr f. d. 1. Spalt. Zeile auf gewöhnl. Schrift oder deren Raum bei 1mal. Einrückung 10 g. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.

Mit dem Landesratsherrn und Schwab. Landwirt.

Nr. 100

Nagold, Dienstag den 30. April

1907

Bestellungen
auf den
Gesellschafter
für die Monate
Mai und Juni
nehmen alle Postanstalten, Postboten, sowie unsere Austrägerinnen entgegen.

Amtliches.
Bekanntmachung
betr. Maul- und Klauenseuche.
Nach Mitteilung des H. Oberamts Calw ist die Maul- und Klauenseuche in Zwerenberg erloschen. Nagold, den 30. April 1907.
H. Oberamt.
Mayer, Reg.-Aff.

Bekanntmachung.
betr. die Maul- und Klauenseuche.
Da die Suche im Beobachtungsgebiet Rohrdorf mit den Gemeinden Nagold, Eghausen und Walddorf außerhalb des erstgenannten Orts keine weitere Verbreitung gefunden hat, wird angeordnet:
1) Die polizeiliche Beobachtung der Gemeinden Nagold, Eghausen und Walddorf wird aufgehoben;
2) Dieselbe bleibt für Rohrdorf bestehen.
Unter polizeilicher Beobachtung stehen daher nunmehr je für sich die Gemeinden Böfingen, Eghausen, Pfondorf und Rohrdorf.
Die Folgen dieser Maßnahme sind die öfters bekannt gegeben.
Für ortsübliche Bekanntmachung des Vorstehenden wollen die Herren Ortsvorsteher besorgt sein.
Nagold, den 30. April 1907.
H. Oberamt. Ritter.

Bekanntmachung.
Johannes Kern, Metzger in Zimmersfeld, will an der hinteren Seite seines Wohngebäudes Nr. 92 daselbst ein Schlachtlokal erstellen.
Einwendungen gegen das Gesuch können binnen 14 Tagen beim Oberamt geltend gemacht werden; nach Verlauf dieser Frist können solche in diesem Verfahren nicht mehr vorgebracht werden.
Pläne und Beschreibungen liegen während dieser Zeit beim Oberamt zur Einsichtnahme auf.
Nagold, 29. April 1907.
H. Oberamt.
Mayer, Reg.-Aff.

Am 26. April ist von der Evangelischen Oberschulbehörde die dritte Schulfeste in Wädingen dem Schulleiter Dr. K. in Hornberg, Bez. Calw, übertragen worden.
Zur Erteilung des Unterrichtes in weiblichen Handarbeiten an Volksschulen und höheren Mädchenschulen sind u. a. für besetzt erklärt worden: Maria Kläger und Christiane Schmid, von Gutingen, O. K. Gorb, Bertha Weishardt, von Rehren.

Die deutsche Herrschaft in Ostafrika.
Reichstagsabgeordneter Dr. Arning schreibt in einem Rückblick auf den letzten ostafrikanischen Aufstand in der Deutschen Kolonialzeitung:
"Nur die etwas höher stehende, zum Teil mohammedanische Küstenbevölkerung begriff, daß sie wirkliche und dauernde Vorteile von der deutschen Herrschaft hatte. Die anderen sahen nur mehr die neuen Unannehmlichkeiten und begannen, sich solidarisch zu fühlen gegenüber den Weißen, und das ist die Lehre, die der edlen niedergeschlagenen Aufständigen geben muß, die wir begreifen müssen, wenn wir die Herrschaft im Lande aufrecht erhalten wollen. Das muß ein jeder einsehen, der die Berichte über den Aufstand mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, auch wenn er nicht durch eigene Anschauung in den letzten Jahren sich von diesem neuen Stande der Dinge überzeugen konnte. Wohl wäre es vielleicht möglich, einen etwa neu entkeimenden Aufstand mit einem geringeren Aufwand von mobilen Truppen, als sie gefordert werden, niederzuschlagen, aber sicher ist auch

das nicht, wenn man in Betracht zieht, daß wir im letzten Aufstande, abgesehen von den Wangoni, nur ganz kümmerliche, durch die früheren Zustände fast vernichtete Volksreste gegen uns hatten. Aber auch die Wangoni sind nur ein ganz geringfügiges Völkchen, wenn man ihnen gegenüber z. B. die Wanjamweh betrachtet, die allein das Zehnfache an Kriegern anbringen können als überhaupt im letzten Aufstande gegen uns in Waffen standen. Ob unsere größtenteils aus diesem Stamme sich rekrutierenden Askari so trenn bleiben würden, wie es jetzt gerühmt wird, ist zum mindesten zweifelhaft, wenn es einmal gegen ihre eigenen Landsleute gehen sollte. Die Niederwerfung eines Aufstandes darf aber nicht das Ziel unserer Bestrebungen sein, sondern die Verhütung eines solchen. Ist der Aufstand erst einmal da, so werden mehr Werte vernichtet und größere Kriegskosten erfordert, als die Jahrzehnte dauernde Haltung einer größeren Truppe kostet. Insofern sind die hierfür nötigen Ausgaben nicht tote Belastung, sondern geradezu werbendes Kapital. Besser allerdings wäre es, wenn ausreichender Bahnbau uns in den Stand setzte bei einer weit aus geringerer Truppenmenge die Ruhe des Landes zu sichern. Wie heute die Sache liegt, können wir nur dadurch Unruhen hintanhaltend, wenn wir an den verschiedensten Stellen des großen Gebietes stets schlagfertige Abteilungen stehen haben, die den immer kräftiger emporkühlenden Stämmen unsere Macht tagtäglich vor Augen führen.

Die Verwendung von weißen Truppen ist, wenn das auch nicht in der Denkschrift erwähnt ist, vollständig unmöglich, und wird in Zukunft auch nicht durchgeführt werden können; denn so klug ist auch der Schwarze, daß er die Entscheidung der Waffen nicht da sucht, wo sein Gegner unter besonders günstigen Verhältnissen stehen kann. Das ist ein weiterer schwer wiegender Grund, eine starke, schlagfertige Truppe farbiger Askari dauernd zu halten und dafür zu sorgen, daß mindestens ein Drittel dieser Leute aus Arabien besteht, die durchaus landfremd sind. Leider ist heute dieses Verhältnis nicht erreicht, und es wird in der Denkschrift nichts darüber gesagt, ob man zu weiteren Anwerbungen von Sudaneseu schreiten will. Ist es möglich, solche in genügender Anzahl zu erhalten, so sollte man nicht zögern, jeden Abgang aus der Truppe durch sie zu ersetzen. Dagt man aber Zweifel an der Möglichkeit der Anwerbung, so bleibt nichts anderes übrig, als durch Austausch zwischen Kamerun und Ostafrika einen brauchbaren Zustand zu erzielen; damit wäre dann beiden Kolonien geholfen. Im letzten Aufstand haben sich die Maschinengewehre außerordentlich bewährt. Ihre durchgehende Einführung bei sämtlichen Kompanien je zwei an der Zahl, wäre wünschenswert. Beachtenswert aber sollte das Vorbild der Engländer sein, die seit den Erfahrungen im sogenannten Sepoy-Aufstand ihre indische Artillerie nur europäischer Bedienung anvertrauen. Jedes Maschinengewehr muß eine deutsche Bedienung haben von einem Unteroffizier und zwei bis drei Mann, die sämtlich sorgfältig als Büchsenmacher ausgebildet sind, nie aber darf farbiges Personal mit dieser furchtbaren Waffe vertraut gemacht werden."

Politische Uebersicht.
Zwischen dem Landesauschuß von Elsaß-Lothringen und der Regierung ist ein nicht unbedeutender Konflikt wegen der Kompetenz des Kaisers in Landesangelegenheiten ausgebrochen. Der Kaiser hatte einen Initiativantrag des Landesauschusses, die Reichseisenbahnen zur Gewerbesteuer heranzuziehen, abgelehnt. In der Sitzung am Mittwoch wurde nun das Vetorecht des Kaisers, durch das die gesetzgeberische Stellung des Landesauschusses auf den Nullpunkt herabsinkt, bezweifelt. Ein so gehandhabtes Verfassungsrecht sei ein Hohn und demütige das Volk und das Parlament. Ein Antrag der Liberalen demokraten, daß die Gesetzentwürfe des Landesauschusses direkt dem Bundesrat vorgelegt werden müßten, ehe der Kaiser das Vetorecht ausüben kann, wurde vom Haus einstimmig angenommen. Unter erregten Ausführungen, gegen die der Staatssekretär von Köller einen schweren Stand hatte, erfolgte die Annahmigung, daß der Landesauschuß beim Reichstag den Gehör seiner Autorität suchen und die Verfassungsänderung beschleunigen müsse.
Der Bundesrat erteilte seine Zustimmung zu den Auschüßberichten über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Befreiung der Reichseisenbahnen, sowie über eine Ergänzung zum Reichshaushaltsetat auf das Rechnungsjahr 1907 (Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals).

Die Fürsten gehen jetzt unter die Journalisten: im Raiheft der „Deutschen Revue“ in Stuttgart veröffentlicht Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, der

Bruder der deutschen Kaiserin, einen Artikel: „Was ist Sozial?“. Bahnbrechende Gedanken bringt der Artikel zwar nicht, es ist aber immerhin zu begrüßen, wenn sich auch diese Kreise im öffentlichen Leben betätigen wie die anderen Kreise des Volks. Vielleicht sorgt der Kollege Herzog Ernst Günther dafür, daß der Zeugniszwang für Redakteure aufgehoben wird; er gehört ja jetzt zum Fach.

Die englische Kolonialkonferenz nahm bei der Beratung der Reichsverteidigung eine Resolution, betr. die Errichtung eines Zentralstabs, an, der sich aus Offizieren der Streitkräfte des ganzen Reichs zusammensetzen soll. Dieser Zentralstab soll berufen sein, die Verteidigungspläne vorzubereiten und Ratsschlüsse bezüglich der Ausbildung und der Kriegsorganisation der Truppen der Krone in jedem Teil des Reichs zu erteilen. — Bei der Darlegung der Verteidigungspläne der Admiralität betonte Lord Tweedmouth, eins der Ziele der Admiralität sei, die Seestreitkräfte auf solcher Höhe zu erhalten, daß sie England die Oberherrschaft zur See in jedem vernünftigerweise als möglich anzunehmenden Fall sichern. Entscheidungen über die Seeverteidigung sollen in einer späteren Sitzung getroffen werden. — In bezug auf die Annahme der Vorlage, betr. die Territorialarmee, im englischen Unterhaus sei noch folgendes mitgeteilt: Kriegsminister Haldane teilte mit, daß die Premierminister der Kolonien zugesagt hätten, seine Vorschläge für die Organisation ihrer eigenen heimatischen Streitkräfte als Muster zu nehmen, jedoch nicht nur die 300 000 Mann, die die englische Territorial-Armee bilden, vorhanden sein würden, sondern auch im ganzen Reich eine Reihe von Territorialstreitkräften bestehen würde, was ein wirkliches Gefühl von Sicherheit verleihe könnte.

Aus Tanger wird gemeldet: im Hinblick auf die beschlossene Einführung des Tabakmonopols stellte der Nachen drei Schiedsrichter auf, die den Ankauf der bestehenden Tabakfabriken durchzuführen sollen, und forderte die Fabrikanten auf, ihrerseits je drei Schiedsrichter zur Erzielung einer Verständigung über den Ankaufspreis zu ernennen.

Die Bedingungen des Friedensschlusses zwischen Salvador und Nicaragua sind für beide Länder ehrenvoll. Salvadors Bedingungen wurden angenommen, während die Forderung Nicaraguas auf Zahlung einer Entschädigung für den Schaden, der Nicaragua durch die Einmischung Salvadors in den Streit zwischen Nicaragua und Honduras entstanden sei, verworfen wurde.

Parlamentarische Nachrichten.
Deutscher Reichstag.
Berlin, 26. April.

Eingegangen sind der Gesetzentwurf wegen Majestäts-Beleidigungen, kleiner Befähigungs-Nachweis, Vogelstun-Gesetz, Unterfütterungs-Bohnstü-Movelle und ein Nachtrags-Etat. — **Militäretat** (Fortf.).

Pauli (konf.) wünscht für die Oberbüchsenmacher und Kasernen-Inspektoren ein höheres Rangieren innerhalb des Beamtenkörpers und bemängelt, daß der Tätigkeitsumfang der Meister in den Spandauer Werkstätten zu groß sei.

Zubeil (Soz.) weist hin auf das Spionage-System, das in Spandau bestehe. Beamte und Ingenieure beteiligten sich an diesem schmutzigen System, das seine Spitze gegen die Sozialdemokraten unter den Arbeitern lehre. In mancher Beziehung sei es ja infolge der von ihm alljährlich hier vorgebrachten Beschwerden in dem Spandauer Institut besser geworden. Mit den ungerechtfertigten Maßregelungen und Entlassungen sei es aber beim alten geblieben, was eine Anzahl Fälle, auf die Redner ausführlich eingeht, erkennen lasse.

Becker-Köln (Z.) wünscht für die Arbeiter in den Reichswerkstätten eigene Pensionsklassen.

Generalleutnant von Arnim. Bei Wiedereinführung dieser Klasse würden die Arbeiter schlechter gestellt sein als bisher. Die Oberbüchsenmacher seien Militärbeamte und als solche könnten sie nur obere oder untere Beamte sein. Die Klagen des Abg. Zubeil würden geprüft werden, aber er nehme jetzt schon an, daß hierbei nichts herauskomme. Für die Abwehr der sozialdemokratischen Agitation in den Betrieben der Kriegsverwaltung übernehme das Kriegsministerium die volle Verantwortung. Das Kriegsministerium habe sogar angeordnet, daß in den Militärbetrieben keine Leute aufgenommen werden, die sich sozialdemokratisch betätigen.

Beim Extraordinarium hat die Budgetkommission sich auf folgende Resolution geeinigt: den Reichskanzler zu ersuchen, noch im Laufe dieses Jahres dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Beitragspflicht der Reichsbetriebe zu den Gemeindeabgaben regelt.

